

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/3123/2010**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 08.06.2010

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Klaus Peter Möller, Dr. Wolfgang Deetjen, Dr. Martin Preiß

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur	17.06.2010	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	01.07.2010	Entscheidung

Betreff:

Gedenkstätte Notaufnahmelager

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 06.05.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten zu veranlassen, dass die Universitätsstadt Gießen gemeinsam mit dem Land Hessen als derzeitigem Eigentümer und der Bundesrepublik Deutschland (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) im ehemaligen Notaufnahmelager Gießen eine angemessene Gedenkstätte schafft.

Denkbar sind

- ein ‚Weg der Freiheit‘ vom Bahnhof zum Meisenbornweg mit historischen Erläuterungen zur Geschichte der Einrichtung und der Menschen, die dort aufgenommen wurde
- eine Gedenktafel am Eingang
- eine Gedenkstätte/ein Museum in der Einrichtung
- ein Forschungsprojekt (z.B. Oral History) gemeinsam mit der Justus-Liebig Universität Gießen.“

Begründung:

Für Hunderttausende (allein 1989 120.000) Menschen war das Notaufnahmelager Gießen der erste Schritt auf dem Weg aus der SED-Diktatur in das Leben in der Bundesrepublik. Für sie alle bedeutete die Ankunft hier einen Wendepunkt in ihrem

Schicksal. Gießen war in der DDR so zum Synonym für Übersiedlung und Neustart im Westen geworden.

Derzeit erinnert nichts mehr an diesen Ort, der für die deutsch/deutsch Geschichte von herausragender Bedeutung war. Dies trifft ebenso auf die neuere Gießener Stadtgeschichte zu

Es ist dringend erforderlich, dass hier eine historische und politische Würdigung erfolgt. Die Geschichte des Notaufnahmelagers und der deutsch-deutschen Fluchtbewegung ist zu erforschen, zu dokumentieren und einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln.

Fördermittel hierzu sollen beantragt werden.

Im zweiten deutschen Notaufnahmelager in Berlin-Marienfelde wurde dies auf Initiative von ehemaligen Flüchtlingen und Mitarbeitern sowie Historikern bereits verwirklicht. 1998 stufte die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde als Gedenkstätte von gesamtstaatlicher Bedeutung ein.

Klaus Peter Möller
CDU-Fraktionsvorsitzender

Dr. Wolfgang Deetjen
Fraktionsvorsitzender
Bündnis90/Die Grünen

Dr. Martin Preiß
FDP-Fraktionsvorsitzender